

Die Welt ist veränderbar

Tilo, Du bist nach dem Stadtparteitag am 7. Juli, gemeinsam mit Annekatrin Klepsch vom Vorsitz der Dresdner LINKEN zurückgetreten. Warum?

Der Zeitpunkt hat viele verwundert, aber er war genau richtig. Annekatrin und ich konnten seit dem Beginn unserer Amtszeit mit einem großen Vertrauensvorsprung unseren Stadtverband voran bringen. Nur mit diesem Vertrauen der Parteibasis und selbstverständlich auch der anderen Funktionsträger kann man einen Stadtverband auf ehrenamtlicher Basis führen. Rund um die Entscheidung, wen denn unser Stadtverband als Beigeordnete vorschlägt hat sich gezeigt, dass das nicht mehr gegeben war.

Wenn Du kurz Bilanz ziehen müsstest, über die fast vier Jahre, in denen Du mit Annekatrin Klepsch den Vorsitz innehattest: Was hältst Du für besonders erwähnenswert?

Es war eine anstrengende und spannende Zeit. Begonnen haben wir mit einem Paukenschlag, mit dem gewonnenen Bürgerentscheid zum Erhalt der kommunalen Krankenhäuser. Heute sind wir stärkster Teil einer Gestaltungsmehrheit im Stadtrat und sind an der administrativen Spitze der Stadtverwaltung beteiligt. Konsequente öffentliche Sichtbarkeit der Partei, ein ganz besonderes Kommunalwahlprogramm, das sind einige wenige positive Punkte. Der scharfe Streit um die Schuldenbremse und die Intrigen rund um die Aufstellung der Liste zur Landtagswahl haben mir schwer zugesetzt, aber das sind eigentlich keine durch den Stadtverband verursachten Auseinandersetzungen gewesen.

Das Leben geht ja weiter: Für Annekatrin als Beigeordnete - und für Dich?

Ich bin Geschäftsführer im Roten Baum, in meinem Verantwortungsbereich arbeiten über 20 Kolleginnen und Kolle-



Foto v. links: Tilo Kießling, Svetlana Moser, Michael Leutert, Anja Plötze

gen. Und ich bleibe selbstverständlich aktiv im Stadtrat und in der Partei.

Der Rote Baum ist - für Dresdner nicht so wahrnehmbar - auch in die Ferne gewuchert. Regionalgruppen gibt es in Berlin, Leipzig, Zwickau, Jena. Was gibt es Neues in Dresden?

Dresden ist der Ursprung des Roten Baumes. Die jüngste Gruppe hat sich in Serbien gegründet, erst vor einem halben Jahr. Das ist Ergebnis einer stark ausgebauten internationalen Arbeit in einem Netzwerk gleichgesinnter, das "ORA-Network", in dem Partner aus 15 Ländern zusammenarbeiten. In Dresden arbeiten wir hart an der Neuausrichtung des Ferienlagerprojektes, sind wie immer mit einem erstaunlich umfangreichen Jugendweihoprogramm aktiv und haben ab dem 1. August ein neues Streetworkangebot im Stadtraum Loschwitz.

Seit kurzem wirbt der Verein auf einem Flyer für das Medienprojekt „Träum!Orte“. Was hat es damit auf sich?

Das ist der sichtbare Teil eines unserer ambitionierteren Vorhaben. Junge Menschen mit politischen Vorgängen vertraut zu machen und sie darin zu stärken, ihre Interessen mit demokratischen Methoden zur Durchsetzung zu bringen war bisher nur innerhalb der anderen Projekte möglich. Wir wollen diesen Bereich ausbauen und stärken und haben deshalb Konzepte entwickelt, die wir nun Schritt für Schritt mit Hilfe unserer Unterstützerinnen und Unterstützer umsetzen. Besonders möchte ich an dieser Stelle unserem Bundestagsabgeordneten Michael Leutert danken, ohne dessen beharrlicher Fürsprache die Umsetzung kaum möglich gewesen wäre. Träum!Orte ist eines davon, hier können junge Menschen mit professioneller Unterstützung einen Film drehen, der Orte ihrer Wahl so zeigt wie sie ihn sich vorstellen. Die Welt ist veränderbar, im großen und im kleinen, und über diese Veränderungsmöglichkeiten nachzudenken, sie zu visualisieren und vielleicht danach ans Werk zu gehen und die Veränderung auch in der Praxis herbeizuführen: so kann der Umgang miteinander erlernt werden. Aber Träum!Orte wird nicht das einzige Projekt bleiben.

TRÄUM!ORTE

Weitere Projekte vom Roten Baum:

- Ferienfreizeiten
- Jugendweih
- Kinder- und Jugendarbeit
- Europäischer Freiwilligendienst
- Politische Bildung und Jugendbeteiligung

Kontakt: 0351-858272

Im Internet:

www.roter-baum.de

www.oranetwork.eu

www.oybiner-kreis.de

Gerade wird ein weiteres Projekt vorbereitet, dort werden wir in enger Absprache mit Gemeinden und Jugendgruppen versuchen, konkrete Vorstellungen der Jugendgruppen in Antragsform direkt in Gemeinderäten verhandeln zu lassen.

Ein spannender Prozess. Und wir freuen uns über alle, die hier mitwirken wollen, als Teamer oder in einem Praktikum.

Das Gespräch führte Uwe Schaar-schmidt

GESUCHT

Für Kinder im Alter von ca. 11-13 Jahren aus geflüchteten Familien werden dringend Fahrräder gesucht. Auch Isomatten und Schlafsäcke werden gern als Spende entgegen genommen.

Ansprechpartnerin ist Rica Gottwald, erreichbar per Mail:

rica.gottwald@dielinke-dresden.de

oder telefonisch unter:

0173/6739399

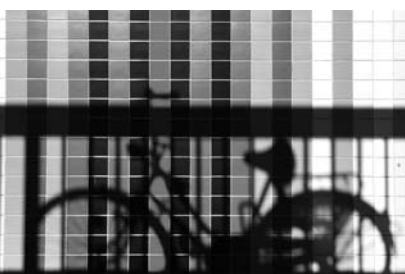


Foto: Bernd Bast / pixelio.de

Refugees welcome!

Eines der vielen Beispiele für aktive Willkommenskultur in Dresden: Die studierte Sprachmittlerin Katja Baumgarten gibt seit einigen Monaten regelmäßig samstags im LINKEN Wahlkreisbüro Roter Renner in Cotta interessierten Asylsuchenden aus Gorbitz Deutschunterricht.

Der LINKE Ortsverband im Dresdner Westen setzt sich aktiv für Refugees und Asylsuchende ein und organisierte neben dem kontinuierlichen Deutsch-Angebot Lehrmaterialien für die wissbegierigen Neu-DresdnerInnen. Gern werden wir über ehrenamtliches linkes Engagement unserer Genossinnen und Genossen berichten: Gebt uns Infos über berichtenswerte Initiativen und Aktionen, auch aus Eurer Nachbarschaft und wir stellen diese dann hier in der Zeitung vor:

Kontakt: Max Kretzschmar

Mail: Linksblatt@web.de

Tel.: 0351/4882815

Mobil: 0177/2428026



Foto: Max Kretzschmar

12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen

Prekarisierte aller Länder, macht gemeinsame Sache!

In seiner Rede auf dem 12. Landesparteitag der sächsischen LINKEN in Neukieritzsch hat der Landesvorsitzende Rico Gebhardt die sächsische CDU scharf kritisiert: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Ministerpräsident mittlerweile erkannt zu haben scheint, dass wir ein Problem mit Rassismus und Nazis im Freistaat haben. Es hat nur 25 Jahre gedauert, ehe er zu dieser Erkenntnis gelangt ist.“, so Gebhardt in seiner Rede. Rechtsmotivierte Übergriffe seien in Sachsen seit Langem traurige Realität, Teil der täglichen Erfahrungen. „Viel zu lange hat die CDU in ihrer ‚Heilen Welt‘-Erzählung von Sachsen diese Realität ausgeblendet. Jetzt wurde sie von ihrer eigenen Ignoranz eingeholt.“

Gleichzeitig schwor er seine Partei im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen des Freistaates ein: Die sogenannte sächsische Ordnung habe viele Menschen ins gesellschaftliche Abseits gestoßen. Neoliberale Politik setze darauf, die Menschen in der Gesellschaft, ob Einheimische oder Eingewanderte, gegeneinander auszuspielen. Dagegen müsse DIE LINKE eine Idee der Solidarität setzen: „Die Prekarisierten aller Länder, die sich nun auch in Sachsen in den Wartezimmern der Sozialbürokratie zusammenfinden, machen gemeinsame Sache. Denn der syrische Pizzabäcker, dem die Agentur für Arbeit mit europaweiter Vorrangprüfung die Chance auf selbstverdientes Geld raubt, und der hochqualifizierte deutsche Schweißer, der in unterbezahlte, unsichere Leiharbeitsverhältnisse gedrängt worden ist, haben ein gemeinsames Interesse: Ein selbstbestimmtes Leben in Menschenwürde!“

DIE LINKE müsse dafür eine soziale und solidarische Perspektive bieten: „Lasst uns die Ideen bündeln und eine gemeinsame Erzählung, eine Perspektive für alle hier lebenden und zu uns kommenden Menschen entwickeln. Die Chance, die sich Sachsen bietet, ergreifen: Sozial gerecht, demokratisch, weltoffen. Lasst uns ein Aleksa 2.0 entwickeln!“

Der Landesparteitag beschloss einen Dringlichkeitsantrag unter dem Titel



Ein gutes strukturiertes Arbeiten mit der Vielzahl an Änderungsanträgen ermöglichte die Redaktionskommission mit ausgezeichneter Vorbereitung der zu behandelnden Anträge
Foto: Max Kretzschmar

„Asyl – Die Herausforderungen annehmen“. Darin heißt es: „Sachsen muss sich auf die veränderten Rahmenbedingungen dauerhaft einstellen.“ Das Maßnahmenpapier der Landtagsfraktion zum Thema Asyl wurde explizit begrüßt. „Mehr noch bedarf es einer neuen Konzeption des Landesentwicklungsplanes, der die gegebenen Umstände einbindet.“ DIE LINKE. Sachsen fordert neben legalen Fluchtwegen nach Europa und der Möglichkeit der Einwanderung jenseits der Wertungslogik für Menschen, für die Asyl kein geeignetes Mittel ist, auch den Kampf gegen Fluchtursachen wie Hunger, Armut, Umweltzerstörung und bewaffnete Konflikte und Kriege.

Bereits am Nachmittag hatte der Landesparteitag den Leitantrag nach intensiver und fairer Debatte und zahlreichen Änderungen angenommen.

Mit 78,3 Prozent wurde Rico Gebhardt erneut zum Landesvorsitzenden gewählt, stellvertretende Landesvorsitzende ist Dr. Jana Pinka und Stefan Hartmann setzte sich knapp als stellvertretender Vorsitzender gegen Jörn Wunderlich durch. Die Landesfinanzen werden künftig von Bernd Spolwig verwaltet, alte und neue Landesgeschäftsführerin ist Antje Feiks aus Dresden. Noch am Abend stellten sich die Kandidatinnen für den Landesvorstand vor, das Ergebnis sollte am

nächsten Tag bekanntgegeben werden. In der Nacht zum Sonntag wurde indes ein Anschlag auf das Tagungsobjekt in Neukieritzsch verübt: Kurzfristig stellte die Gemeinde Neukieritzsch das nahegelegene Gemeindeamt zur Verfügung, so dass der Parteitag mit der Nominierung der Kandidaten für die gemischte Liste fortgesetzt werden konnte. Zum Abschluss beschloss die Tagung per Akklamation und unter großem Beifall der Delegierten, dass auch der 13. Landesparteitag im nächsten Jahr in Neukieritzsch stattfinden soll. Damit nahm der Landesparteitag die Einladung des Bürgermeisters der Gemeinde Neukieritzsch Thomas Hellriegel an. Gebhardt: „Wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen, dass wir uns von solchen undemokratischen Aktionen nicht einschüchtern lassen. Wir kommen wieder!“

Zuvor waren noch die Mitglieder für Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission, des Bundesausschusses sowie die Ombudsperson, gewählt worden.

Der 22-köpfige Landesvorstand kann damit auf einer für das Wochenende vom 25 bis 27. September geplanten Klausurtagung seine Arbeit aufnehmen.

www.dielinke-sachsen.de

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl in den Landesvorstand



Anja Eichhorn



Jayne-Ann Igel



Silvio Lang

Mit den besten Wahlergebnissen wurden unsere Dresdner Kandidatinnen und Kandidaten in den neuen Landesvorstand der LINKEN Sachsen gewählt. Anja Eichhorn kandidierte in der Einzelwahl als neue Sprecherin für Gleichstellung

und feministische Politik und erhielt 83,0 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Jayne-Ann Igel und Silvio Lang wurden jeweils Stimmenkönigin und -könig bei der Wahl in den Landesvorstand auf der Frauen und der gemischten Liste und

setzen ihre engagierte Arbeit im Landesgremium fort. In der nächsten Ausgabe werden wir alle drei in einem Interview ausführlich vorstellen und befragen.

Fotos: Carola Wähler

SOLIDARITÄT JETZT!

Die Menschen in den Zeltstädten unterstützen!

Liebe Genoss_innen,

Am vergangenen Freitag besuchte ich gemeinsam mit Conny Ernst das Zeltlager in der Bremer Straße. Wir wollten uns dabei nicht nur selbst ein Bild über die Lage vor Ort machen sondern auch darüber ins Gespräch kommen, welchen konkreten Handlungsbedarf es gibt und wie wir die Refugees am besten unterstützen können. Wie ihr sicherlich wisst, ist im Moment unklar wie lange die Zelte in der Bremer Straße bestehen bleiben. Dazu kommt, dass bereits neue Zeltlager in der Südvorstadt stehen.

In den kommenden Wochen aber, wird sich das Wetter zunehmend verändern und es wird deutlich kälter. Das heißt natürlich auch, dass die Menschen in den Zeltstädten zunehmend den kälteren Temperaturen ausgesetzt sind. Im Gespräch mit dortigen Vertretern des DRK wurde uns mitgeteilt, dass im Hinblick darauf jetzt vor allem wetterfeste Kleidung gebraucht wird.

Wenngleich wir uns entschieden gegen die unhaltbare Lage stellen und hoffen, müssen wir mit der jetzigen Situation umgehen. Vor allem möchten wir die Flüchtlinge gezielt und bedürfnisnah unterstützen und bitten euch, liebe Genoss_innen, um eure Mithilfe. Wir möchten dazu aufrufen durch konkrete Sachspenden zu helfen:

Dringend gebraucht werden:

Wetterfeste Kleidung:

Caps, Regenjacken, Jacken, Warme Anziehsachen, Knirpse (keine großen Schirme!), dringend auch Wetterfeste Schuhe (ab Größe 40)!

Aufbewahrungsmöglichkeiten:

Rucksäcke, (Groß oder klein), Koffer und Reisetaschen. Viele der angekommenen Flüchtlinge haben keine Möglichkeit ihre Habseligkeiten zu transportieren, wenn Sie die Erstaufnahme zum Transfer in andere Unterbringungen verlassen. Gleichzeitig gibt es keine Schränke oder private Aufbewahrungsmöglichkeiten in den Zelten sodass ein eigener Rucksack für die wenigen privaten Gegenstände sehr wichtig sein kann.

Wer von den genannten Dingen etwas entbehren kann und den Flüchtlingen spenden möchte, kann dies gern abgeben und das in der zentralen Annahmestelle des DRK Dresden:

DRK Kreisverband Dresden e.V.
Klingerstr. 20
01139 Dresden

Wir würden uns freuen, wenn ihr den Spendenaufruf unterstützt und wir als Stadtverband so dabei helfen können, die nächsten Wochen für die Menschen in den Zeltstädten etwas erträglicher zu gestalten.

REFUGEES WELCOME!

Eure
Sarah Buddeberg - Cornelia Ernst
und das Team.

Inklusion ist ein linkes Projekt

von Birger Höhn

Am 28. Februar 2015 hat sich in Leipzig die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik gegründet. Noch am gleichen Tag fand die erste SprecherInnenratsitzung am Veranstaltungsort statt. Seitdem haben wir viel angepackt, umgesetzt und auch schon erste Erfolge erreicht. So haben wir z. B. eigene Flyer erstellt und drucken lassen (Vorlage waren die Flyer unserer BAG). Wir sind auf zahlreichen Veranstaltungen gewesen (u. a. Auf der Strategie-Konferenz, bei der „Linken Woche der Zukunft“, „Fachtagung Inklusive Sozialräume“, bei der „Parade der Vielfalt 6.0“, als Teilnehmer bei den Inklusionspolitischen Veranstaltungen des 35. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart, beim Öffentlichkeitstag der Dresdner Autismusambulanz, bei der Politischen Sommerakademie). Wir haben uns aktiv an der Parteiinternen Debatte, zusammen mit anderen LAGs, um die Neubesetzung des Thüringischen Behindertenbeauftragten eingebracht. Wir haben eigene Anträge an den Landesparteitag eingebracht und haben, aufgrund der Bandbreite des Themas, beschlossen, daß jeder von uns im

SprecherInnenrat bestimmte Themenschwerpunkte in Form von Mitglieder internen AGs bearbeitet. Außerdem wurde in einem Gespräch mit MdL Horst Wehner Kontakt zur Landtagsfraktion hergestellt, und darüber hinaus hat ein Treffen mit Stefan Hartmann stattgefunden. Wir haben den Kontakt zu den Verbänden der Behindertenselbsthilfe gesucht, und sind dabei, diesen zu intensivieren, ebenso wie den Kontakt zu Leistungserbringern. Ich selber wurde vor kurzem durch unsere Stadtratsfraktion als Stellvertretendes Mitglied von Anja Apel in den Behindertenbeirat der Landeshauptstadt Dresden gewählt.

Angesichts der kurzen Zeit bleibt also festzuhalten, daß wir dafür als SprecherInnenrat schon sehr viel angepackt und in Bewegung gesetzt haben. Aber natürlich bleibt noch immens viel zu tun. Ziel ist für uns, unseren Beitrag dazu zu leisten, daß die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserer Partei und im Staat auf allen Ebenen umgesetzt wird. Das reicht von der Barrierefreiheit (Rollstuhlzugänglichkeit von Parteibüros und Parteitag,



Foto: Romelia / pixelio.de

sowie entsprechenden Toiletten) bis hin zur Audiodiskription, dem Einsatz von Gebärdensprach- und Schriftdolmetschern bis hin zur einfachen Sprache.

In Dresden ist mir schon vor der LAG-Gründung aufgefallen, daß es – auf Stadtverbandsebene – keine eigene AG für Menschen mit Behinderungen und Interessierte gibt. Ein Zustand, der, gerade für einen Stadtverband einer Landeshauptstadt, dringend abgeändert werden muss.

Am 14. September hat dazu ein Vorbereitungsstreffen im Café Lloyds Bar in der Dresdner Neustadt stattgefunden. Ich lade alle Menschen mit Behinderungen und interessierte Mitglieder des Stadtverbandes herzlich ein, sich daran aktiv zu beteiligen. Wer nähere Informationen möchte, kann gern unter Tel. 0351/25579052 oder per E-Mail: lag-sbh-bh@gmx.de mit mir Kontakt aufnehmen.

Birger Höhn ist Mitglied im SprecherInnenrat der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

AUFRUF

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht

von Anja Eichhorn

Am 19. September findet auch dieses Jahr vor dem Bundeskanzleramt der „Marsch fürs Leben“ statt. Zu hunderten ziehen die so genannten „Lebensschützer_innen“ durch Berlin. Die religiösen Extremist_innen, fordern das vollständige Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland und Europa. Zuwiderhandlung soll bestraft werden. Sie sprechen auch vom „Genderwahn“ und installieren sich dabei selbst als die vermeintlichen Verteidiger_innen christlich-konservativer Werte. Auf den mitgebrachten Transparenten stehen Parolen wie „Abtreibung ist Euthanasie“ oder „Wir trauern um die tausenden ermordeten Kinder“. Sprüche bei dem einem schlecht wird. Was absurd klingt, ist Teil einer gefährlichen Bewegung, die sich europaweit auf dem Vormarsch befindet und auch auf EU-parlamentarischer Ebene deutlich spürbar ist.

Bis zum Bittersten kämpfen Beatrix von Storch (AfD) und Konsorten, gegen jede emanzipatorische Initiative im Europaparlament. Was aber steckt hinter dem vermeintlichen Lebensschutz und der Forderung eines Abtreibungsverbot? Nichts Geringeres als die Abschaffung fundamentaler Menschenrechte zu Gunsten eines restriktiven, frauenfeindlichen und diskriminierenden Weltbildes. Dazu gehört auch die Etablierung fester Rollenbilder der Geschlechter, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und somit einer ungleichen Gesellschaft.

Die selbstbestimmte Möglichkeit frei über den eigenen Körper, die sexuellen und reproduktiven Rechte zu entscheiden aber, muss ein selbstverständliches Grundrecht sein - und das überall. Es ist beschämend, dass Schwangerschaftsabbrüche hierzulande im Strafgesetzbuch unter Strafe stehen, und nur nach einer verpflichtenden Beratung vollzogen werden können. Schwan-

gerschaftsabbruch als Tatbestand muss endlich aus dem Strafgesetz gestrichen und Frauen die Souveränität über ihren Körper und ihr Leben restlos zugestanden werden. Schlicht: Der Paragraph 218 muss endlich abgeschafft werden!

Das Recht von Frauen, selbst über ihre reproduktiven und sexuellen Rechte zu bestimmen, ist ein hohes Gut. Der Versuch einer Rückgängigmachung dieser, verbunden mit einem konservativen Verständnis von Familie, Ehe, Lebens- und Liebesweisen geht uns alle an! Unter den Demonstrant_innen in Berlin finden sich CDU und AfD genauso wie „Besorgte Bürger_innen“, religiöse Hardliner und rechte Gruppen. Es sind zum Teil dieselben Leute, die seit Wochen gegen Flüchtlinge mobilisieren. Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns nicht nur erschüttert, sondern zeichnen auch ein klares Bild von der Gefährlichkeit dieser Gruppen.

Ganz abgesehen von der Diskriminierung von allen, die nicht in deren rückwärtsgewandtes und anti-emanzipatorisches Weltbild passen. Gleichstellung ist immer eine Frage der Gerechtigkeit. Diese unabdingbar einzufordern und zu verteidigen, als eine permanente und grundlegende Forderung der LINKEN, ist wichtig.

Am 19. September ruft daher das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung in Berlin dazu auf, sich den so genannten „Lebensschützer_innen“ entgegenzustellen. Unter dem Motto „Mein Körper! Meine Verantwortung! Meine Entscheidung!“ werden ab 11:30 Uhr am Brandenburger Tor, Demo und Kundgebungen stattfinden. We still love feminism!

10. Oktober in Berlin

Großdemo: „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Nahezu alle großen Organisationen im Bereich Umweltschutz, Demokratie, zivilgesellschaftliche und politische Organisationen, Gewerkschaften, Kultur- und Sozialverbände und natürlich DIE LINKE rufen zu einer Großdemo gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA auf. Mit fünf Sonderzügen und zahlreichen Bussen aus dem gesamten Bundesgebiet soll damit im Herbst ein deutliches Zeichen gesetzt werden gegen den Abbau von Demokratie und die Übermacht von Konzernen.

Der gemeinsame Aufruf stellt dabei einige zentrale Punkte heraus, die als selbstverständliche und grund-

legende Voraussetzung für internationale Abkommen gelten müssten, durch TTIP und CETA aber ganz im Gegenteil massiv eingeschränkt bzw. ausgehebelt würden. Dazu zählen

- Demokratie und Rechtsstaat stärken
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen
- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern
- Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern
- transparent und offen verhandeln.

Der Bus aus Dresden startet um 7:10 Uhr am Gewerkschaftshaus (Schützenplatz 14) – die Mitfahrt ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. Anmeldeinfos auf Seite 10

Fröhliches Kaffeetrinken in Pappritz

von Kristin Hofmann

Zum Weltfriedenstag haben wir, Julia Bonk und ich, im Geflüchtenheim in Pappritz ein Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen veranstaltet. Besonders erfreut waren wir über die backfreudigen GenossInnen, die ein wirklich reichhaltiges Buffet zauberten. Auch Stadtrat Andreas Naumann war in seiner Funktion als Angestellter des Sächsischen Flüchtlingsrates vor Ort. Während es draußen in Strömen regnete, konnte man drinnen heitere und weniger heitere Geschichten austauschen. Insgesamt nahmen ca. 25 Leute teil, aus dem Haus, aus der Nachbarschaft, auch Menschen, die es in der Zeitung gelesen hatten und natürlich GenossInnen.

Die allgemeine Stimmung war, dass der Weltfriedenstag ein guter Grund zum Feiern ist. Die Geflüchteten erzählten von den Zuständen in ihren Herkunftsländern, von der Diktatur im Iran, vom Krieg in Syrien, vom Krieg in Libyen. Sie erzählten von der Flucht, die die meisten zu Fuß bewältigt hatten. Andauernd wurden wir aufgefordert, uns mit ihnen fotografieren zu lassen. So werden die Bilder dieses Nachmittages über das Internet sicherlich schon in der halben Welt sein. Es war ein schöner Nachmittag, der hoffentlich wiederholt wird.

Kristin Hofmann ist Ortsvorsitzende der LINKEN Neustadt-Loschwitz



Wahl der Beigeordneten ist wichtiger Meilenstein

In einer Sondersitzung des Dresdner Stadtrates am 06. August wurden die neuen Beigeordneten gewählt. Überraschungen gab es dabei nicht. Nach der Bildung der Stadtratskooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten hat sich nun die Zusammensetzung der bislang CDU-dominierten Rathauspitze deutlich verändert und ist zudem weiblicher geworden. Die Kooperation bestand damit eine wesentliche Bewährungsprobe.

von André Schollbach

Die im vergangenen Jahr nach der Stadtratswahl gebildete Kooperation hatte sich seit Monaten auf die Wahl der Beigeordneten vorbereitet. Zunächst war intensiv über den Zuschnitt der einzelnen Dezernate verhandelt worden. Hier sollten Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigiert und sachlich vernünftiger Zuständigkeiten geschaffen werden. So bestand etwa Einigkeit darin, dass die städtischen Krankenhäuser künftig in der Verantwortung der Beigeordneten für Soziales anzusiedeln sind statt im Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit. Diese seltsam anmutende Zuordnung war eine Altlast aus früheren CDU-internen Streitigkeiten. Auch das für die städtischen Grundstücke zuständige Liegenschaftsamt wird der reinen Verwertungslogik des Finanzbürgermeisters entzogen und dem Baubürgermeister zur Entwicklung unterstellt.

Bildungsdezernat kommt

Überdies wird im kommenden Jahr nach dem Ende der Amtszeit von Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) ein Bildungsdezernat geschaffen, in dem die Zuständigkeiten für Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen gebündelt werden. Weiterhin bestand zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten Übereinstimmung darin, auch der CDU Vorschlagsrechte für die Besetzung zweier Beigeordneter einzuräumen. Auf diese Weise soll gewährleistet sein, dass die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte an der Verwaltungsspitze vertreten sind. Diese Regelung der Sächsischen Gemeindeordnung war bisher durch die CDU weitgehend missachtet worden, aber die Ratskooperation wollte es besser machen und nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Nachdem Rot-Grün-Rot dieses Angebot unterbreitet hatte, geriet die CDU in erhebliche interne Auseinandersetzungen. Ein Lager kämpfte vehement für die Ausschlagung der Offerte und einen



Die neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden am 04. September von Oberbürgermeister Dirk Hilbert feierlich vereidigt: Eva Jähnigen (Bündnis 90 / Die Grünen) führt künftig das Dezernat für Umwelt- und Kommunalwirtschaft, Raoul Schmidt-Lamontain (Bündnis 90 / Die Grünen) ist der neue Baubürgermeister von Dresden, Dr. Kris Kaufmann (DIE LINKE) ist ab dem 01. Oktober für Soziales, Gesundheit und Wohnen zuständig, Annkatrin Klepsch (DIE LINKE) übernimmt ab dem 01. November den Geschäftsbereich Kultur, Detlef Sittel (CDU) ist alter und neuer Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit und Dr. Peter Lames (SPD) ist künftig für das Ressort Personal und Recht verantwortlich und übernimmt im nächsten Jahr von Hartmut Vorjohann den Geschäftsbereich für Finanzen und Liegenschaften.

Foto: Max Kretzschmar

Kurs der Fundamentalopposition, andere CDU-Fraktionäre stritten für deren Annahme. Letztere erreichten schließlich eine knappe Mehrheit in ihrer Fraktion.

Wesentliche Verantwortung für die Gestaltung der Stadt

Die Sondersitzung des Stadtrates zur Wahl der Beigeordneten verlief dann weitgehend unaufgeregt. Nach Abschluss der Wahlgänge erteilte Ober-

bürgermeister Dirk Hilbert wie zuvor angekündigt sein Einvernehmen. Einen Monat später erhielten die neuen Amtsinhaber ihre Ernennungsurkunden. Die erfolgreiche Wahl der Beigeordnetenriege ist ein wichtiger Meilenstein für die Kooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten.

Nach der Bildung der neuen Ratsmehrheit im vergangenen Jahr wird nun eine politisch deutlich veränderte und vor-

allem weiblichere Rathauspitze eine wesentliche Verantwortung für die Gestaltung der Stadt Dresden übernehmen. Damit besteht nun die Chance zu beweisen, dass es der Entwicklung der sächsischen Landeshauptstadt gut tut, wenn sie nicht von der CDU dominiert wird, wie dies bisher der Fall war.

Denn sie wissen, was sie tun.

Über die Lust, sich zu beteiligen: Zum Beispiel in der Äußere Neustadt

von Jacqueline Muth

Immer wenn es Frühling wird, sitzen an und auf den Straßen der Äußeren Neustadt die Menschen und unterhalten sich. Trinken ein Bier oder zwei, manchmal wird es laut, manchmal kommt das Ordnungsamt. Immer fährt die Polizeistreife.

Das Straßenbahnstreicheln wurde im letzten Jahr hier „erfunden“ und bezeichnet das Phänomen, dass vorwiegend junge Menschen in Dreierreihen die Bordsteine besiedeln. Wenn da die Straßenbahnlinie 13 in die Rothenburger Straße einbiegt, sind die Wagons zum Greifen nah. Klar, dass dann auch mal einer oder eine grinsend den Arm ausstreckt. Für den Bahnfahrer oder die Bahnfahrerin ist das ein heikler Moment, Schrittgeschwindigkeit und lautes Bimmeln gehören zum Erlebnis dazu. Verletzt wurde bisher niemand. Dann kommt das Ordnungsamt und grimmig dreinblickende Beamte nehmen die Personalien von knapp 18- bis 22-Jährigen auf mit dem Verdacht, sich selbst im Taumel zu verletzen.

Dazwischen zahlreiche Flaschensammler_innen, die die leeren Bierflaschen einsammeln. Es hat sich eingebürgert, ihnen das Pfand zu überlassen, anstatt es im Späti 10 Meter weiter selbst auszulösen.

Ab und zu schüttet jemand einen Eimer Wasser aus dem oberen Stock, wenn die Gäste vorm Dönerladen im Erdgeschoss mal wieder zu laut diskutieren. Hab ich selbst schon mal erlebt.

Häufig gibt es kleine Vernissagen in Bücherläden, in einer der zahlreichen Galerien und Offspaces. Hier wie vor den Clubs und Kneipen drängen sich dann nächstens die Gäste auf den schmalen Fußwegen, zwischen den parkenden Autos und – ja – auch auf den Straßen.

Am Wochenend-Abend mit dem Auto durch die Äußere Neustadt zu fahren, ist ein Abenteuer. Die Straßen sind voller schlendernder Menschen und gemächlich ausweichender RadfahrerInnen. Da muss man schon mal etwas mehr Zeit einplanen, denn alles Hupen nützt da nichts. In dieser Zeit gehören die Straßen den nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer_innen. Das alles ist öffentlicher Raum. Lebendiger Öffentlicher Raum.

Im Übrigen werden in der Äußeren Neustadt nicht nur ganz besonders viele Kinder gezeugt (geburtenreichster Stadtteil seit Jahren) oder an den Wochenenden getrunken, getanzt und gefeiert. Hier wird auch ganz besonders viel diskutiert.

Neulich wurde wieder über die Zukunft der Bunten Republik Neustadt diskutiert – der alljährliche Republikgeburtstag platzte aus allen Nähten. Weil jedes Jahr mehr Gäste kommen, weil ehemalige Brachen nun bebaut sind und die Nischen für Veranstaltungen schrumpfen. Konkrete Vorschläge, das Festgelände in den Alaunpark hinein auszuweiten, wurde vom Straßen- und Tiefbauamt sowie vom nun amtlichen Oberbürgermeister abgelehnt. Statt-



Foto: Neustadticker

dessen soll die stärkere Reglementierung des Festgeländes innerhalb der alten Grenzen für Ordnung sorgen.

Ein weiterer Diskussionsstrang betraf den „Scheunenvorplatz“. Hier treffen sich tags wie nachts die Sommer-draußen-Sitzer und diskutieren. Es wurde auch diskutiert über den Umbau des Platzes selber, die Stadt lud zur Beteiligung ein. Und dann wurde über die Ergebnisse diskutiert, die kalt und trocken daher kamen, optisch keinen einzigen eingebrachten Gestaltungsvorschlag aufgriffen.

DIE LINKE hat hier mit einem Antrag die Stadtverwaltung verpflichtet, nachträglich ein Nutzungskonzept unter Beteiligung der Neustädter_innen für den Platz zu entwerfen. Das Ergebnis steht noch aus. Jedoch sieht der Antrag auch vor, dass der Ortsbeirat Neustadt zum Schluss über die Zufriedenheit am Beteiligungsverfahren berichten soll.

Seit Jahren streitet die Bürgerinitiative „Köni muss lebendig bleiben“ für den bestandsnahen Ausbau der Königsbrücker Straße. Eben nicht überbreit, wie es bisher geplant und von Herrn Marx (Baubürgermeister a.D., CDU) als alternativlos dargestellt wurde. Der Straßenraum soll auch für Nicht-MIV attraktiv bleiben, ebenso für Radverkehr. Mein Fraktionskollege Dr. Martin Schulte-Wissermann engagiert sich hier seit Jahren.

Die Stadtverwaltung reagierte verhalten und erst auf massiven öffentlichen Druck auf die Wünsche der Anwohner_innen. Durch die langjährige Verzögerung war nun wieder der FDP der Raum gegeben, in einer Wahlkampfkampagne den zügigen überbreiten Ausbau zu fordern.

Eine andere Bürgerinitiative maß Verkehrsflüsse und Dezibel auf

den Straßen vor ihren Häusern. Mit Zahlen belegten sie, dass seit dem Bau der Waldschlösschenbrücke nun un gelenkt Schwertransport- und Lieferverkehr das Wohnviertel durchfließen. Häufige Geschwindigkeitsüberschreitungen machen den Schulweg für ihre Kinder gefährlich, das Wohnen unangenehmer. Eine Vorfahrtstraßensystem und eine zusätzliche Ampel werden gewünscht. Das Straßen- und Tiefbauamt sieht sich hier jedoch nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Hier sind wir weiter dran.



Foto: Neustadticker

Man kann in der Äußeren Neustadt nicht über einen Mangel an Beteiligung klagen. Das Viertel schäumt über vor Energie, vor Lust sich zu beteiligen – und macht damit der ordnungsliebenden Stadtverwaltung offensichtlich das Leben schwer.

Bürgerbeteiligung ist immer schwierig, gerade weil der öffentliche Diskurs oft ungnädig die viele Arbeit übersieht, die ein gelungener Beteiligungsprozess mit sich bringt. Mal ist es zu viel, zu wenig, zu früh oder zu spät. Und immer wird „gemeckert“. Da sollte das Verständnis wachsen und auch die Anerkennung gegenüber einzelnen Verwaltungsmitarbeiter_innen, die sehr wohl bemüht sind um eine Verbesserung der Diskussionskultur in unserer Stadt.

Und dennoch entscheidet das Ergebnis über den Erfolg einer Beteiligung. Wann und wie wird informiert und fühlen sich die Betroffenen von Entscheidungen mitgenommen oder eher verprellt? Finden die Menschen im Öffentlichen Raum das was sie benötigen und als lebenswert empfinden?

Menschen sind keine Kästchen, hinter die man einen Haken setzen kann. Die Formate der Beteiligung müssen sich an den Menschen anpassen, nicht andersherum.

Nun, da unsere neuen FachbürgermeisterInnen im Amt sind, bin ich gespannt auf neue Formate. Ich bin gespannt, wohin die Reise geht. Es kann eigentlich nur besser werden.

Stadträtin Jacqueline Muth ist Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

Von Zeltstädten und Baumärkten

von Annektrin Klepsch

Es war am 8. Juli, als der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) dem Landtag sein neues Konzept zur Erstaufnahme von Asylsuchenden in Sachsen vorstellte. Der Minister und die zuständige Landesdirektion gingen von 5.000 benötigten Plätzen aus, nachdem in den Monaten zuvor mehrere Außenstellen der überlasteten einzigen Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz dauerhaft nicht ausreichten. Zwei Wochen später, am 23. Juli abends, begann die Sächsische Landesdirektion ein landeseigenes Grundstück in einem Gewerbegebiet zu roden und das Technische Hilfswerk baute Zelte auf, wie sie auch weltweit in Katastrophengebieten zum Einsatz kommen. Um das Camp regentauglich herzurichten, mussten zunächst 1.000 Tonnen Schotter angefahren und verteilt werden. Die Stadt Dresden erfuhr zum gleichen Zeitpunkt wie die Umgebung, am Donnerstag Abend, dass kurzfristig eine Erstaufnahme von etwa 1.000 Asylsuchenden ab Freitag Abend geplant sei.

Die Unterbringung von Asylsuchenden in Zelten und Turnhallen ist im Sommer 2015 in der Bundesrepublik keine Ausnahme mehr, sondern zunehmend der Normalfall, da die Bundespolitik und die Europäische Union lange die Augen verschlossen haben vor fast 60 Millionen Flüchtlingen weltweit. Beispiele wie das Erstaufnahmehotel Traiskirchen in Österreich zeigen, dass es noch schlimmer geht als die Dresdner Zeltstadt.



Foto: Magnus Hecht

Bereits drei Wochen nach der Ankündigung des sächsischen Innenministers, 5.000 Plätze in Erstaufnahmeunterkünften bereit zu stellen, war diese am Tag der Errichtung der Zeltstadt mit mehr als 7.000 Asylsuchenden überholt. Am 20. August ging der Minister von mindestens 10.000 Erstaufnahmepätzen aus, bei einer Sondersitzung des Sächsischen Landtags am 1. September war man bei 13.000 angelangt. Zwischen der Landtagssitzung am 8. Juli und der Sondersitzung am 1. September lagen die Dresdner Zeltstadt, eine Sondersitzung

des Innenausschusses und Heidenau. Zeltstädte gibt es inzwischen in mehreren Bundesländern, doch in Sachsen schien Notlage der Flüchtlinge sowie Ignoranz und Unvermögen in der politischen Steuerung zusammenzufallen. Die Zeltstadt ist in ihrer Größe nur die Spitze des Eisbergs der sächsischen Innenpolitik, denn Außenstellen der einzigen und völlig überlasteten Chemnitzer Erstaufnahme wurden zuvor bereits in Schneeberg, Grillenburg und andernorts eingerichtet. Das Deutsche Rote Kreuz als Betreiber der Einrichtung

wurde in eine Zwickmühle gebracht, die man möglicherweise unterschätzt hatte. Verpflegung, soziale Betreuung und medizinische Versorgung riefen vor allem in den ersten Tagen und Woche massive Kritik hervor. So konnte ein Kinderbetreuungszelt inmitten des Schottergeländes erst auf Drängen der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) eingerichtet werden. Anfang September zog die sächsische Landesregierung politische Konsequenzen, verlegte die Entscheidungshoheit in Sachen Asyl vom Innenminister zum Staatskanzleichef und zog unterhalb des Innenministers personelle Konsequenzen. Wann die Zeltstadt durch feste Unterkünfte in Containern ersetzt werden kann, blieb angesichts des bundesweiten Containermangels bisher offen. Die Ereignisse der letzten August- und ersten Septembertage in Ungarn ließen die Herausforderungen der Zeltstadt in Dresden in den Hintergrund treten. Die inzwischen wieder eingeführten Grenzkontrollen, von Katja Kipping zu Recht als „abschieben, abschrecken, abschoten“ kritisiert, werden keinem Flüchtling helfen, jedoch vielen Asylsuchenden den Weg in ein besseres Leben erschweren und die Vision eines geeinten und offenen Europa ad absurdum führen.

Annektrin Klepsch hat am 24.08.2015 im Rahmen der Aktion „Perspektivewechsel“ der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in der Zeltstadt mitgearbeitet

Daniel Molitor leitet seit Sommer 2015 die Flüchtlingsunterkunft in Stetzsch

Mehr Mensch sein

Lieber Daniel, was bedeutet es für Dich, Heimleiter in einer solchen Unterkunft zu sein?

Es ist kein Beruf, es ist eine Berufung. Es ist eine Stelle an der ich gebraucht werde. Hier kann ich helfen und für die Menschen da sein. Selbst habe ich viel Hilfe in meinem Leben gebraucht. Ich konnte nie richtig Danke sagen. Jetzt möchte ich an dieser Stelle sein und meine Energie weitergeben. Jedes Lächeln ist für mich mehr wert, als jede Minute meiner Zeit. Ich bin da und das ist auch gut so.

Welche Schicksale bringen die Geflüchteten mit sich? Welche Sorgen haben sie?

Mord, Folter, Ängste, verlorene Menschen auf der Flucht und Schlimmeres begleitet meine Flüchtlinge. Sie sorgen sich um ihre Sicherheit, um ihre Existenz und vor allem um ihre Familien.

Mit welchen Problemstellungen wird man konfrontiert, wenn man eine Flüchtlingsunterkunft leitet?

Ich möchte zitieren: „Wenn du ein Problem hast, versuche es zu lösen. Kannst Du es nicht lösen, dann mache kein Problem daraus.“ Ich suche für meine Bewohner immer den Weg des ge-



Die Flüchtlinge in Stetzsch werden gut betreut: u.a. von Sozialarbeiter Felix Keil (1.v.l.) und Heimleiter Daniel Molitor (3.v.r.). Foto C. Trache

ringsten Widerstands um schnell und erfolgreich nach vorne zu kommen.

Du bist ein hochgradig leidenschaftlich-engagierter Mensch in Deiner Arbeit, agierst nach dem Empowerment-/Ressourcen-Ansatz. Was bedeutet das für Dich?

Ich möchte sehen und erleben wie sich meine Bewohner selbst entwickeln. Mit meiner Arbeit und Hilfe säe ich nur den Samen. Pflege, Bewässerung und Aufzucht liegen ganz in den Händen meiner Schützlinge. Dabei gebe ich Rückhalt und unterstütze bei Bedarf.

Können die Geflüchteten unserer Gesellschaft auch etwas zurück geben? Welche Chancen könnten sich aus der aktuellen Situation ergeben?

Ja! Derweil erarbeite ich ehrenamtliche Projekte für unsere Flüchtlinge um bedürftigen Menschen in unserem Land zu helfen. Meine Bewohner möchten auch zeigen, dass sie „geben“ können. Beispielsweise ist eine kostenlose Fahrradwerkstatt für Anwohner und Radwanderer geplant.

Was hast Du selbst gelernt, seitdem Du diese Unterkunft leitest?

Mehr Mensch zu sein!

Was wünschst Du Dir von den Dresdner Bürgern und Bürgerinnen, von der Kommunal-Politik und von der Politik auf Landes- oder Bundesebene?

Verständnis für jeden Menschen, einen großen Blick an die Wurzel, Einsicht, Kraft, mehr Hilfestellung und den Mut zur Veränderung. Wir sind in einer Phase, in der es einer Änderung bedarf.

Das Gespräch führte Cornelia Eichner

25 Jahre Gleichstellungsbüro Dresden

von Pia Barkow

Am 16. September feiert das Büro der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dresden sein 25 jähriges Jubiläum. Entstanden aus der Frauenfriedensbewegung, der „DDR-Frauengruppen“ und diverser anderer Gruppen aus der ostdeutschen Frauenbewegung sowie aus dem kirchlichen Umfeld gründete sich 1990 das heutige Büro der Gleichstellungsbeauftragten – als erstes in den neuen Bundesländern. Seitdem zählt das Gleichstellungsbüro zu einem festen Bestandteil der Dresdner Verwaltung.

Dabei begleitet die Leitidee aus der Gründungszeit die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten noch heute: Die tatsächliche Verwirklichung des Grundrechts auf Gleichberechtigung. Die Stellung und Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten mussten in den 25 Jahren immer wieder neu erkämpft werden. So wurde das Büro – anfangs direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt – zwischenzeitlich der Zuständigkeit des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung zugeordnet, dessen Mitglieder die Gleichstellungsbeauftragte kurzerhand vor die Tür setzten und von den Sitzungen ausschlossen. 2001 wurde das Büro dann wieder direkt dem Oberbürgermeister dezernats-



Foto: fm

übergreifend zugeordnet. Neben verwaltungsinternen Gleichstellungsansätzen (Personalempfehlungen, Förderung von Frauen in der Verwaltung – so lange eine Unterrepräsentanz in Führungsebenen besteht, Fortbildungsmaßnahmen, Stellungnahmen und das fortwährende Thematisieren von Gleichstellungs-

spekten), gehen vom Gleichstellungsbüro auch politische Ansätze hervor. So war die damalige Gleichstellungsbeauftragte an der Erstellung des ersten Sächsischen Frauenfördergesetzes beteiligt, der Errichtung eines Frauenschutzhouses in Dresden, bei der Förderung und Schaffung von Beratungs- und

Fortbildungsangeboten insbesondere mit den Schwerpunkten Frauenarbeitslosigkeit und geringere weibliche berufliche Wiedereinstiegschancen.

Nach wie vor ist der ursprüngliche Leitspruch „die tatsächliche Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit“ aktuell und eine aktive Gleichstellungsarbeit notwendig. Hierzu wurde beispielsweise vor wenigen Monaten vom Stadtrat ein Aktionsplan mit konkreten Gleichstellungspolitischen Maßnahmen und Zielen beschlossen. Denn auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten sehr viel in dieser Hinsicht getan hat, ist in Sachen Gleichstellung noch viel zu tun. So sind Frauen nach wie vor in Führungspositionen unterrepräsentiert, verdienen in Sachsen durchschnittlich 9% weniger als ihre männlichen Kollegen, typische Frauenberufe wie z.B. im Pflege- und Erziehungsbereich sind deutlich schlechter bezahlt als vergleichbare Berufe, die als männertypisch gelten. Das Gleichstellungsbüro soll daher auch heute noch auf Themen aufmerksam machen, immer wieder einen Diskurs zu Gleichstellungsfragen und Ungleichheiten anregen und gerne auch mehr Anregungen und Forderungen an die Politik stellen.

Aus den Stadtteilen: Südvorstadt / Plauen

Anwohnerparkplätze für den Hauptbahnhof

von Jürgen Stäbener

Südvorstadt. Die Not nach freien Stellflächen ist groß. Auch weil hier viele Pendler parken. Daran will der Plauer Ortsverband der LINKEN etwas ändern.

DIE LINKE aus dem Stadtteil Plauen wagt einen neuen Vorstoß im Streit um die Parkplatznot hinter dem Hauptbahnhof. Dabei geht es um das Anwohnerparken im Gebiet hinter dem Hauptbahnhof.

Vor zehn Jahren hatten Anwohner der Wohnungsgenossenschaft „Glückauf Süd“ eG in einer Befragung dieses Konzept abgelehnt. Die Genossenschaft hat westlich der Fritz-Löffler-Straße, im sogenannten „Schweizer Viertel“ viele Wohnungen in seinem Bestand. Der Ortsbeirat folgte damals dem Votum der Bewohner. Seitdem gibt es an einigen Straßen in Bahnhofsnähe Parkscheinautomaten, aber schon 80 Meter hinter dem Bahnhof darf kostenlos geparkt werden.

DIE LINKE hat nun erneut die Lage analysiert. In 560 Haushalten an der Berg-, Bernhard-, Schweizer-, Liebig-, Lindenau-, Winckelmann- und Leubnitzer Straße haben die Plauer Genossen Fragebögen an die Bewohner verteilt. Bis jetzt meldeten sich 144 Bewohner zurück. „Die Bewohner wünschen mit großer Mehrheit eine Parkraumbewirtschaftung“, sagt Jürgen Stäbener, der für DIE LINKE im Ortsbeirat Plauen sitzt. Demnach sei die Situation besonders schlimm, wenn Besucher in das Schweizer Viertel kommen. Einen Platz zum Parken finden sie nur schlecht. Menschen, die kein Auto haben, beschwerten sich über den vielen Durchgangsverkehr von suchenden Autofahrern im Viertel. Ein anderes Ergebnis erhielt der Plauer Ortsverband auf der östlichen Seite der Fritz-Löffler-Straße: Die Be-



Foto: Jürgen Stäbener

wohner der Hochschulstraße und der Schnorrstraße sind ohne Parkraumbewirtschaftung zumeist zufrieden, obwohl zu jeder Tageszeit nur vereinzelt freie Parkkapazitäten zu verzeichnen sind. Es häufte sich die Antwort, der Parkraum sei sehr knapp, aber ein Parkplatz wird immer gefunden. Eine hohe Frequenz von auswärtigen Nutzern wird gesehen, aber die Notwendigkeit eines kostenpflichtigen Bewohnerparkens wird verneint. Aus Kostengründen würden zahlreiche Anwohner, die über einen PKW verfügen, ihr Fahrzeug lieber kostenfrei woanders abstellen, als sich auf das Anwohnerparken einzulassen.

Die Befragung ergab, dass vorwiegend abends und nachts das Parken aus Sichtweise der Bewohner als Problem beschrieben wurde. Ortsverbandsvorsitzender Stefan Möbius: „Die Vermutung liegt nahe, dass in den Abendstunden und nachts die Bewohner zumeist untereinander um die knappen Stellplätze konkurrieren. Daher lässt sich auch erklären, dass im Bereich Hochschulstraße viele Teilnehmer in der Befragung nur selten Stellungnahmen abgegeben haben, wie die Parkprobleme am Tage gesehen werden.“

Sehr viele Bewohner nutzen aber auch keinen PKW. Auch von diesen Bewohnern gab es Teilnehmer an der Befragung. Es deutet sich sogar an, dass dies der überwiegende Teil der Bewohnerhaushalte zu sein scheint. Diese wünschen, dass ihr Besuch durch das Anwohnerparken nicht behindert wird. Sie gaben an, dass es einigen Besuchern ungeeignet erscheint, mit ÖPNV anzureisen.

Nun planen die Plauer LINKEN eine BürgerInnenkonferenz durchzuführen. Die Methode „BürgerInnenkonferenz“ ist sehr anspruchsvoll, aber ergebnisträchtig und außerordentlich partizipativ. Die Grundidee besteht darin, erstens Mitglieder der Partei DIE LINKE aus Plauen und zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einzuladen, zweitens die sich bildende Gruppe eigenständig eine Handlungsempfehlung für die Politik erarbeiten zu lassen und sich so drittens durch dieses „Bürgervotum“ beraten zu lassen. Die BürgerInnenkonferenz basiert auf der wissenschaftlichen Feststellung, dass die Beratung durch Gruppen von Nicht-Fachleuten erstaunlich hochwertige Leistungen erbringen kann. Somit lassen sich auch Planungskosten der Verwaltung reduzieren.

Anfang Dezember 2015 will die Plauer LINKE die Ergebnisse diskutieren und der Stadtratsfraktion übergeben. Dann sollte diese festlegen, ob Ortsbeirat und Stadtrat erneut über die Einführung des Anwohnerparkens in Dresden-Plauen entscheiden sollen. Bis dahin können sich Anwohner weiterhin an den Ortsverband Plauen wenden und zu den bisherigen Ergebnissen Stellung beziehen.

Jürgen Stäbener ist LINKE-Ortsbeirat in Plauen

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Pia Barkow, Jürgen Stäbener, Annkatrin Klepsch, Cornelia Eichner,
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 30.09.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog



Das Mentoring-Programm der LINKEN in Sachsen

Das wird ein spannendes Jahr!

von Franziska Fehst

Zum dritten Mal findet das Mentoring-Programm der LINKEN Sachsen statt. Im Programm sollen die individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten von Menschen aus der Partei oder die ihr nahestehen gefördert und ausgebaut werden.

Zudem soll das Programm der Vernetzung von Akteur_innen aus verschiedenen Regionen stehen und ein erster Einblick in Diskussionsprozesse und die parlamentarische Arbeit geworfen werden. Zur Teilnahme am Programm mussten wir uns bis Ende April mit einem kurzen Lebenslauf und einem Motivationsschreiben bewerben, warum wir am Programm teilnehmen wollen. Danach folgten im Mai und Juni „Bewerbungsgespräche“. In diesen konnten wir noch mal unsere Motivation genauer erläutern, Fragen stellen und unsere Vorstellungen, Wünsche und Ideen für das Programm äußern. Die Gruppe besteht nun aus 17 Mitgliedern, 8 weibliche* und 9 männliche* Personen aus allen Regionen Sachsens.

Begonnen hat das Programm zur Sommerakademie am ersten Juliwochenende. Wir konnten unsere Gruppe und die Betreuer_innen des Mentoringprogrammes zunächst in einer lockeren Runde kennen lernen. Dabei konnten wir Ziele abstecken, aber auch Wünsche und Ängste austauschen. Außerdem haben wir erfahren, wer unsere Mentor_innen sind. Gemeinsam mit ihnen sollen wir ein Projekt zu unserem jeweiligen Lieblingsthema gestalten. Sie sollen uns außerdem den politischen



Alltag näher bringen und für uns als Ansprechpartner_in im kommenden Jahr dienen. Zu den Mentor_innen gehören unter anderem Mitglieder des Landtags sowie Stadt- und Kreisräte.

Während der Sommerakademie konnten wir dann schon mal in mehreren Workshops unsere Fähigkeiten ausbauen. Es gab zum Beispiel Workshops zum Umgang mit sozialen Medien, Gestaltung von Flyern und zum Ausbau unserer rhetorischen Fähigkeiten.

Natürlich soll auch der Spaß nicht zu kurz kommen, sodass wir beim abendlichen Lagerfeuer noch gemütlich austauschen konnten. Alles in allem ein sehr gelungener Start. Zum Programm gehören auch vier Bildungswochenenden. Das erste fand in Naunhof zum Thema Gruppendynamische Prozesse statt. Dabei konnten wir unser eigenes Verhalten, aber auch über das von anderen Menschen in Gruppen reflektieren.

Weiter ging es dann auf dem Landesparteitag. Wir durften die einzelnen Kommissionen kennen lernen, konnten der Tagung beiwohnen und erste Eindrücke vom politischen Geschehen gewinnen. Bisher haben wir also schon eine Menge erlebt und freuen uns sehr auf das kommende Jahr. Was das ganze Programm aber noch toller macht ist unsere gesamte Mentee-Gruppe. Wir sind alles junge Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen. Wir kommen aus verschiedenen Städten und Gemeinden, haben verschiedene Themengebiete und können viel voneinander lernen. Dieses Jahr sind viele Menschen aus unserem Jugendverband und aus unserem Stadtverband Dresden dabei. Wir werden über die kommenden Monate über das Programm, unsere Motivation und unsere Projekte, die wir gemeinsam mit unseren Mentor_innen umsetzen, berichten. Wir freuen uns auf ein spannendes Jahr mit vielen neuen Menschen und Ideen.

Linksjugend in Aktion

Bundeswehr auf dem Stadtfest

Am Sonntag, dem 16. August versammelten sich Mitglieder der Linksjugend [solid] am Info-stand der Bundeswehr, um gegen ihr Werben auf dem Altstadtfest zu protestieren. In einem Redebeitrag legten wir für Standbetreiber_innen und die umstehenden Passant_innen dar, dass Bundeswehreinheiten nicht der Friedenssicherung dienen, sondern politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen.

Besonders junge Menschen lassen sich schnell durch attraktive Angebote, wie ein kostenloses Studium oder die Finanzierung des Führerscheins beeindrucken. Dabei ist die Bundeswehr kein Arbeitgeber wie jeder andere. Im Ernstfall geht es darum, Menschen zu töten oder für das Missionsziel zu sterben. Umso schlimmer ist es, dass selbst die Kleinsten z.B. an Schulen geworben werden. Die Linksjugend [solid] fordert daher schon seit langem: Bundeswehr raus aus den Schulen – Kein Werben fürs Sterben bei Minderjährigen! Das generelle Unterbinden von Kriegspropaganda, egal ob in den Medien oder an Infoständen. Langfristig die Abschaffung der Bundeswehr, stattdessen Investition in zivile Hilfsorganisationen.

Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de

Ein Reisebericht von der Hanfparade 2015

Gebt das Hanf frei! – Und zwar sofort!

von Martina Ulbig

Kurz vor 13 Uhr kamen vier Genoss_innen der Linksjugend [solid] Dresden am Washingtonplatz (Hauptbahnhof) in Berlin an. Dort startete am 08. August die Hanfparade mit einer Auftaktkundgebung und kurzen Redebeiträgen. Die Paradowagen wurden unter anderem von den Grünen, der Piratenpartei und von DIE LINKE. gestellt, außerdem von Organisationen wie dem Deutschen Hanfverband. Das Motto der diesjährigen Hanfparade war: „Nutzt Hanf!“ (als Medizin z.B. gut verträgliches Schmerzmittel, als Rohstoff z.B. für Textilien, Lebens- und Genussmittel, z.B. in Hanfnudeln oder einfach nur zum Kiffen). Mit diesen Forderungen ging es daher direkt zum Bundesministerium für Gesundheit, wo sich vor allem für Cannabis als Medizin eingesetzt wurde, da Cannabis bei vielen Krankheiten Linderung bzw. Heilung verschaffen kann, von Depressionen bis Multiple Sklerose. Dies wurde auch in den Redebeiträgen auf der Zwischenkundgebung unterstrichen.

Die nächste Zwischenkundgebung fand am Berliner Dom / Lustgarten statt. Hier wurde insbesondere die Repres-



Foto: Privat

sion und Kriminalisierung von Hanfkonsumenten thematisiert. Anstatt wie beim Alkohol auch, durch Steuern z.B. zweckgebundene Einnahmen zu generieren, steckt der Staat lieber Geld in die Zerstörung von Biografien. Dabei könnte mit einer ehrlichen Präventionsarbeit und dem objektiven Aufklären über die Chancen und Risiken legaler

und illegaler Substanzen, das Risikoverhalten bei Konsument_innen gemindert werden. Viele Fehler machen Menschen nur, weil sie über die Risiken und Konsequenzen ihres Verhaltens nicht aufgeklärt sind, da bestimmte Substanzen wie z.B. Alkohol von Politik und Gesellschaft verharmlost und Substanzen wie THC im Cannabis verteufelt werden. Die

schlimmste Nebenwirkung des Freizeitkonsums ist daher die Strafverfolgung.

Die Abschlusskundgebung fand am Brandenburger Tor statt. Neben kulturellen Beiträgen von Kabarett bis Musik, gab es auch weitere Redebeiträge, die sich vor allem auf die aktuellen Diskussionen in Gesellschaft und Politik rund um das Thema Cannabislegalisierung bezogen haben. „Unser“ Redner war der bei uns sehr beliebte Frank Tempel (MdB, Drogenpolitischer Sprecher DIE LINKE. und ehemaliger Kriminalbeamter im gehobenen Dienst).

Einziger Kritikpunkt an dieser Hanfparade war das viel zu warme Wetter, was die Demonstration sehr anstrengend gemacht hat. Dafür kann aber das Orga-Team nichts. Auf der Hanfmeile am Brandenburger Tor gab es dafür dann gratis Wasser für alle, sowie eine Bühne mit offenem Mikrofon, weitere Informationsstände rund ums Thema Hanf z.B. Hanfnudeln mit Pesto, Kleidung aus Hanf, welcher viel umweltfreundlicher als Baumwolle ist, und vieles mehr.



SEPTEMBER

16 TTIP stoppen!

Mit MdB Caren Lay, Verbraucherpolitische Sprecherin DIE LINKE im Bundestag, Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der sächsischen Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und der RLS
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Reisevortrag über den Kilimandscharo

höchster Berg Afrikas, schneebedeckt mit Dieter Gaitzsch
17 Uhr | Roter Renner | R.-Renner-Str. 49 |

Öffnungszeiten des Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr
Mittwoch: 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr
Donnerstag: 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr
Stammtisch jeden ersten Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:
Di + Mi:
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Michael Brie (Hrsg.):
Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? - Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2. Hamburg: VSA-Verlag 2015, 254 S.

21 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93
www.dielinke-efa-dresden.de

22 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus

24 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

26 Bürgersprechstunde der OBR
Blasewitz und Beratung des
Ortsvorstands mit den BO-
Vorsitzenden

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“
Breitenauer Str. 17

30 Israel 2015 - Innergesell-
schaftliche Spannungslinien
und Zukunftsdebatten

Mit Dr. Angelika Timm, 2008 bis 2015 Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

BürgerInnensprechstunde mit den
Stadträtinnen Cornelia Eichner und
Thomas Grundmann

Themen Kita-Fachplan, Ortschaften und Asyl
16 Uhr | Roter Renner | R.-Renner-Str. 49 |
Großenhainer Str. 93

Termin vergessen?
Mail an: Linksblatt@web.de

OKTOBER

01 Bürgersprechstunde mit
MdB Annkatrin Klepsch

16 Uhr | Wir AG | Martin-Luther-Straße 21
Um Anmeldung wird gebeten, unter
bb-klepsch@linksfraktion-sachsen.de

05 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |
www.dielinke-efa-dresden.de

06 Angst vor einer ‚Islamisie-
rung Europas?‘

Vortrag und Diskussion mit Florian Illerhaus,
Religionswissenschaftler
18 Uhr | Palitzschhof | Gamigstraße 24

07 Mit linken ökologischen Uto-
pien gegen „Realsozialis-
mus“ und Kapitalismus

Die Konzepte der DDR-Dissidenten Bahro,
Harich und Havemann - Vortrag und Diskus-
sion mit Alexander Amberger, Politikwissen-
schaftler
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

12 Treffen des Ortsverbandes
Neustadt-Loschwitz

Thema Nachwahl Ortsbeirat
ab 18.00 Uhr Engagement für Flüchtlinge zu
Gast: Sächsischer Flüchtlingsrat
ab 17 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

13 Treffen der Linken aus
Loschwitz u. vom Hochland

Diskussion mit von Bürgermeisterin Dr.
Kris Kaufmann & der Mobilen Jugendar-
beit Loschwitz 17 Uhr | Alte Feuerwache

17 Gibt es eine Alternative für
eine sozialistische
Zukunft?

Referent: Dr. Klaus Blessing
10 Uhr | Drogenmühle | Dresdner Str. 26
Heidenau

20 REIHE: Junge Rosa
Staatsschulden, Griechen-
land und der Euro

Mit Dr. Jürgen Leibiger
18 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Nicht trauern sollen wir, dass wir Erika verloren haben, sondern dankbar sein, dass wir so eine engagierte Genossin gehabt haben.

Unsere Genossin Erika Lippert verstarb am 3. Juli 2015 im Alter von 95 Jahren. Wir werden ihr Andenken in Ehren bewahren.

Genossinnen und Genossen des
Ortsverbandes Dresden-Nord
der Partei DIE LINKE

Sehr herzlich zum Geburtstag in den Monaten August und September gratulieren wir unseren GenossInnen

Olaf Alberts, Plauen
Gudrun Arnold, West
Irene Beck, Altstadt
Manfred Beck, Prohlis
Carsten Belletz, Neustadt
Herbert Berger, West
Helga Brand-Kästel, Pieschen
Brigitte Buchmann, Altstadt
Sarah Buddeberg, Neustadt
Martin Burr, Neustadt
Frank Büttner, Blasewitz
Christopher Colditz, Altstadt
Kurt Dittrich, West
Dr. phil. Horst Dörrer, Plauen
Thea Eichler, Nord
Dagmar Engelman, West
Wolfgang Fessenmayer, Pieschen
Anneliese Fichtner, Prohlis
Rolf Fischer, Altstadt
Dr. Thea Franke, Altstadt
Irmgard Fritz, Altstadt
Sharon Funke, West
Christa Gall, Blasewitz
Dr. Thomas Galli, Neustadt
Reiner Gemeinhardt, Neustadt
Dr. sc. Rosemarie Griese, West
Gertraude Gutsche, Altstadt
Willi Göbel, Neustadt
Patrick Görmer, Altstadt
Hildegard Göthel-Fischer, Prohlis
Gerhard Güldemann, Neustadt
Joachim Hantzsch, Altstadt
Dr.-Ing. Winfriede Hein, Altstadt
Thomas Hellfeld
Horst Herfort, Pieschen
Renate Hesse, Neustadt
Martin Hilbig, Prohlis
Kristin Hofmann, Neustadt
Gerda Hutschreuther, Prohlis
Anton Hörteis, Neustadt
Rita Jaensch, Blasewitz
Prof. Dr. Walter John, Prohlis
Erika Johne, Blasewitz
Helmut Jäger, Blasewitz
Dieter Karich, Neustadt
Jenny Keck, Neustadt
Erich Kleber, Nord

Michael Korn, Altstadt
Eberhard Krabbe, Plauen
Rita Kunert, Nord
Erhard Köpp, Altstadt
Gisela Künne, Neustadt
Waltraud Lieber, Plauen
Heike Lokat, Pieschen
Hartmut Maihöfer, Neustadt
Edith Mantzsch, Plauen
Siegfried Matthies, Blasewitz
Ewald Meier, West
Beate Mickan, Prohlis
Gadajahu Moschinski, West
Ingo Mücke, Prohlis
Elisabeth Müller, Altstadt
Gerhard Müller, Pieschen
Thea Müller, Blasewitz
Josephine Pietzsch
Moritz Riebe, West
Eberhard Rosse, Blasewitz
Hans-Joachim Rost, Blasewitz
Siegfried Sacher, Prohlis
Elke Scheffler, Prohlis
Werner Scheffler, Prohlis
Gerhard Schiller, Altstadt
Gudrun Schmiedgen, Plauen
Klaus-Dieter Schneider, Altstadt
Horst Schreiber, Plauen
Eva Edelgard Schöne, Plauen
Holger Siegmund, Plauen
Christian Staudy, Neustadt
Andrä Stengel, Neustadt
Jürgen Strauß, Plauen
Tibor-Fidel Sturm, Neustadt
Jürgen Stäbener, Plauen
Anne Teichmann, Blasewitz
Gerda Trenkler, Prohlis
Alexander Trinks, Blasewitz
Ursula Träber, Altstadt
Silvia Uhlemann, Prohlis
Dr.-Ing. Frank Urban, Blasewitz
Dr. Willi Vock, Blasewitz
Dr. Dirk Wagner, West
Christa Walter, Leuben
Grit Werner, Prohlis
Prof. Dr. Dr. Ernst Voit, Altstadt
Evelin Wolff, Altstadt

Karl Bedrich, Neustadt
Barbara Berger, Leuben
Adelheid Brauer, Blasewitz
Sonja Bretschneider, Pieschen
Hans-Jürgen Burkhardt, Neustadt
Tom Böhm, Neustadt
Sandro Böhme, Pieschen
Günter Böhmer, Nord
Martina Börnig, Leuben
Alfred Demnitz, Plauen
Helga Demny, Blasewitz
Dr. Gerhard Dollwetz, Altstadt
Ingeborg Döring, Altstadt
Christine Feiks, Leuben
Walter Fischer, Altstadt
Karl-Heinz Freudenberg, Plauen
Jens Gaitzsch, Prohlis
Joachim Geerhardt, Altstadt
Marlis Goethe, West
Gerhard Gork, Blasewitz
Waltraud Grille, Neustadt
Monika Haser, Plauen
Franz-Jakob Heiligendorff, Altstadt
Sandy Hengst, Neustadt
Christel Hennig, Blasewitz
Ute Hermann, West
Kerstin Hofmann, Blasewitz
Steve Hollasky, West
Dietrich Holz, Prohlis
Jayne-Ann Igel, Nord
Rolf Illner, West
Horst Imhof, Blasewitz
Peter Jahn, Blasewitz
Andre Jehmlich, Neustadt
Dr. phil. Ute Karich, Neustadt
Heinz Kerger, Altstadt
Holger Knaak, Neustadt
Dr.-Ing. Klaus Krafft, Prohlis
Gundela Kramer, Blasewitz
Heike Krause, West
Jutta Kröber, Altstadt
Ulrike König, Pieschen
Waltraut Kühn, Neustadt
Johanna Langer, Altstadt
Dr. Dietmar Lohmann, Plauen
Jens Matthis, Neustadt
Brit Meerheim, West

Katrin Mehlhorn, Neustadt
Johann Micek, Pieschen
Winfried Michel, Nord
Albrecht Michler, Altstadt
Monika Moke, Leuben
Gertraude Müller, Nord
Marianne Müller, Altstadt
Siegfried Nacke, Plauen
Andreas Naumann, Blasewitz
Karlheinz Naumann, West
Heinz Oeser, Altstadt
Julien Peraza Rios, Altstadt
Harald Pietsch, Blasewitz
Michael Pluder, West
Rico Pohling, Plauen
Günther Raedisch, Nord
Dr. phil. Jürgen Rasch, Neustadt
Marco Rehländer, Prohlis
Günter Richter, Leuben
Joachim Richter, Neustadt
Klaus Richter, Nord
Jürgen Riedel, Neustadt
Steve Schaefer, Blasewitz
Ralf Scheibitz, Pieschen
Siegmar Schierz, Neustadt
Vivien Anja Schlecht, Altstadt
Siegfried Schulz, Neustadt
Ilona Schär, Blasewitz
Brigitte Seffner, Leuben
Irmgard Seidel, Leuben
Gerhard Seifert, Pieschen
Heinz Siegart
Frank Sitte
Dr.-Ing. Konrad Skuin, Leuben
Brigitte Stark, Blasewitz
Dieter Stiglich, Nord
Annelies Strauß, Altstadt
Michael Taubert, Neustadt
Thomas Truxa, Neustadt
Herbert Träber, Altstadt
Gunda Ulbricht, Plauen
Bernd Wadewitz, Blasewitz
Günter Wagner, Leuben
Ursula Walther, Neustadt
Eva Wolter, Plauen
Carola Wähler, Neustadt

Die islamische Welt und der Islam – so nah und doch so fremd?

Ende September, Anfang Oktober stehen gleich zweimal die Islamische Welt bzw. der Islam im Mittelpunkt von Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Im Rahmen der Interkulturellen Tage fragen wir gemeinsam mit dem WIR e.V. am 30. September, 19.00 Uhr in der WIR-AG „Die islamische Welt und Europa – so nah und doch so fremd?“. Im Laufe der Geschichte entwickelten sich zwischen Europa und der Islamischen Welt Vorstellungen und Wahrnehmungen über den „Anderen“. Dabei haben sich die Schwerpunkte der als unvereinbar empfundenen Unterschiede verschoben: von den Religionen hin zu dem vermeintlichen Gegensatz von sä-

kularem Europa und religiös geprägter islamischer Gesellschaft. Im Vortrag werden Ereignisse berücksichtigt, die die arabische Region erschüttern, verändern und ihr Verhältnis zum „Westen“ beeinflusst haben. Außerdem stehen die sozio-kulturellen und politischen Entwicklungen in der islamisch-arabischen Welt im Fokus. Als Referent konnten wir Dr. Mazin Mosa gewinnen. Er ist ein wissenschaftlicher Mitarbeiter am Orientalischen Institut der Uni Leipzig.

Am 6. Oktober werden wir uns ab 18.00 Uhr auf dem Palitzschhof in Dresden-Prohlis näher mit der Religion des Islam beschäftigen. Denn insbesondere seit der PEGIDA-Bewegung sind Vorbehalte oder gar Ängste gegenüber

Die islamische Welt und Europa – so nah und doch so fremd?
Mit Dr. Mazin Mosa, Wiss. Mitarbeiter am Orientalischen Institut der Uni Leipzig
30. September | 19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21



dem Islam in unserem direkten Umfeld offen zu Tage getreten und das, obwohl nur ca. 0,1 % der Bevölkerung in Sachsen Muslim*innen sind. In der Veranstaltung „Angst vor einer ‚Islamisierung‘ Europas?“ spannt Florian Illerhaus, Religionswissenschaftler aus Leipzig, den Bogen von der Geschichte des Islam bis zu den verschiede-

nen Ausprägungen dieser Religion. Er gibt einen Überblick über Begriffe wie Islamismus und setzt sich auch mit Klischees und Vorurteilen gegenüber dieser Religion auseinander, die all zu oft in Islamfeindlichkeit und Rassismus gipfeln. Als Gesprächspartner wurden ebenfalls Vertreter*innen der islamischen Gemeinden in Dresden eingeladen.

Zum Zusammenhang von innerparteilicher Information und sachgerechten Entscheidungen

von Waldemar Peine

Angeregt durch eine Überlegung Sarah Buddebergs und wie ich entnehme auch von weiteren Mitgliedern des Stadtvorstandes: „Mangelnde Kommunikation, bzw. unzureichender Informationsfluss sei oder ist ein Problem im Stadtverband“, mische ich mich in eine hoffentlich weitergeführten Auseinandersetzung ein.

Denn es reicht nicht, der geäußerten Überlegung zuzustimmen. In einer hoffentlich anlaufenden Auseinandersetzung müssen wir nach den Gründen fragen, welche den „Informationsfluss“ hemmen.

Wenn wir von Rauch und Flaggenzeichen einmal absehen, werden Informationen in sprachlicher oder geschriebener Form übermittelt. Welche Maßstäbe müssen wir aber anlegen, um von helfender, orientierender, lebendiger Übermittlung zu sprechen, kurz, „von einem geglückten Transfer von Wissen, was den Empfänger befähigt sachgerechte Entscheidungen zu treffen“. Denn, auch bei einem großen Umfang von weitergeleiteten gesprochenen und geschriebenen Texten kann der Fluss der Informationen unzureichend sein.

Und nun nenne ich einige Gründe:

- Wichtige Informationen werden von unwichtigen Informationen nicht unterschieden,
- Informationen werden teils unterlassen, da die übergeordnete Ebene annimmt, Unterstützung nicht zu bedürfen und die nachgeordnete Ebene den Wert der Weitergabe nicht erkennt,
- der Neuigkeitswert von Informationen dient vorrangig der Selbstdarstellung und der einfachen Unterhaltung,
- Informationen sind für den zu Informierenden nicht passgerecht, sie überfordern oder unterfordern diesen,
- das Verhältnis von Informierenden und Informanten ist belastet, das heißt, da die Quelle abgelehnt wird, wird auch die Information nicht ernst genommen.

Und die größte Schwäche, welche alle anderen durchzieht:

Informationen werden nicht mit Handlungsempfehlungen verbunden. innerparteiliche Informationen ohne Handlungsempfehlungen sind im günstigsten Falle anregende Unterhaltung. Bis hier wird wohl keiner widersprechen. Schwierig wird es erst, wenn

Stadtparteitag

Debatte zum Leittrag
an den SPT+++Wahl des
Stadtvorstands+++Wahl des
Ältestenrates+++Wahl der
Finanzrevisionskommission
und der Delegierten zu den
Bundesparteitagen+++

Eintritt frei!

21. Oktober 2015
Kulturrahaus

auf die konkreten Schwachstellen der Information zwischen den Vorständen, Beiräten, Plattformen, Mandatsträgern und Mitgliedern unserer Partei hingewiesen wird, die letztlich die Öffentlichkeitswirksamkeit unserer Stadtparteiorganisation hemmen.

Dann zeigt es sich, dass technische Probleme der Weitergabe, objektive Unkenntnis über die wirklichen Zusammenhänge, verständliche Fehleinschätzungen, Ablehnungen und Voreingenommenheit, auch Unfähigkeit und Oberflächlichkeit der vernetzten Personen eng zusammenhängen. Verbesserte Kommunikation heißt nicht, mehr Texte weiterzugeben.

Verbesserte Kommunikation heißt für mich, sich auf Wesentliches zu beschränken, überzeugend, mit viel Sachverstand zu argumentieren, jede Genossin, jeden Genossen ernst nehmen und unsere übergeordneten Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren.

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Zu unserem Aufruf „außergewöhnliche Schneidmaterialien“ meldeten sich Genn. Schmidt, und Schmelzer, deren Fundus wir schon im September verschicken werden, ein Fahrradhändler aus Lohmen wird uns reparierte Fahrräder für Kuba zur Verfügung stellen. Wir danken den Genn. Sarah Buddeberg und unserem Aktivistin Dr. Rolf Oehler für ihre großzügigen Spenden von 520 Euro, die wir entsprechend unserer Projekte einsetzen werden. Ergebnisse der Sammlung September

Finanzielle Spenden:
400 Euro sammelte Gen. Alfred Müller von kleineren Spendern und von B. Gärtner, H. Herold, U. Berger, K. Müller. Wir danken allen für die finanz. Spenden der Projekte, auch dem Gen. B. Schaller und kleineren Spenden herzlichen Dank. Für die Reparatur der Fahrräder ergingen 554 Euro aus den Spendengeldern an AuL.

Sachspendenergebnis

18 Fahrräder, Nähmaschinen, Unterarmstützen, Rollatoren, 3 Säcke Re-



Foto: Siegbert Heinecke / pixelio.de

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Sammlungen 2015

05. März,
04. Juni,
03. September,
03. Dezember



genschirme u. Schreibmaterial, 28 Kisten Brillen- u. Hörgeräte und eine gr. Leselupe ergingen von A u L, einem Sanitätshaus, mehreren Brillens- und Hörgerätestudios. 1 Monitor, 21 Kisten Nägel, Verband- u. Krankenhauswäsche, Waschmittel, Näh- und Designmaterial, Spiel- und Werkzeug, Haushaltgeräte ergingen von unseren privaten Spendern. Wir sagen allen, die für dieses qualitätsgerechte Ergebnis sorgten, unseren solidarischen Dank!

Achtung!

Einzelne Fahrräder können wir leider aus Personal- und Fahrzeugmangel nicht mehr am Wohnort abholen. Wir bitten alle Spender einen hilfsbereiten Fahrradfahrer zu finden, der das Fahrrad zu AuL Tel.:0351 3165910 oder ins HdB Tel.: 0351 8583801 fährt (zuvor anmelden!). Wir danken Euch für Euer Verständnis.

Bleibt solidarisch!
Saludos solidarios!

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Sarah Buddeberg, Jens Matthis

Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Sarah Buddeberg, Jens Matthis, Uwe Schaarschmidt, Franziska Fehst, Martina Ulbig, Katja Kipping, Ursula Zierz, Pia Barkow, Dr. Cornelia Ernst, Sarah Buddeberg, Anja Eichhorn, Birger Höhn, Kristin Hofmann
Fotos: Pixelio.de, Max Kretzschmar, Uwe Schaarschmidt, Carola Wähler
Lautsitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Sünden einer Kumpanei

von Katja Kipping

Man soll ja stets versuchen, positiv zu denken und so habe ich mich gefragt: Fällt mir etwas Gutes ein, zu zwei Jahren Großer Koalition in Berlin? Das muss erlaubt sein, auch als Politikerin in der Opposition möchte man - gerade als Linke - nicht ungerecht sein. Ich finde aber trotzdem nichts. Wobei auch das natürlich relativ ist, denn unterschiedliche Interessen zu vertreten, bringt es natürlich mit sich, Dinge unterschiedlich zu bewerten. Um es kurz zu machen: Nein. Ich habe nichts gefunden, was aus unserer Sicht als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Friedenspartei, als konsequent antifaschistische Partei, als Partei für ökologischen Fortschritt irgendwie positiv zu werten wäre.

Was sich beobachten lässt, ist vielmehr ein an Kumpanei erinnerndes Zusammenspiel mit verteilten Rollen von Union und SPD, das ich als „Kleines 3x3 der Unterlassungssünden, vernachlässigten Zukunftsbaustellen und Enttäuschungen“ der GroKo bezeichnen möchte:

Drei schwarz-rote Unterlassungssünden, die sofort geheilt werden könnten

- Kampf gegen unsichere Arbeitsverhältnisse, die erpressbar machen, z.B. durch Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- Einsatz für soziale Grundrechte, z.B. in einem ersten Schritt durch Abschaffung der Hartz-IV Sanktionen
- Umverteilung von oben nach unten, z.B. durch eine Erbschaftssteuer, die zwar Oma ihr klein Häuschen nicht besteuert, aber reiche Erben an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt, wobei natürlich die Erbschaftssteuer nicht das einzige Umverteilungsprojekt ist, das die SPD zu Grabe getragen hat.

Drei vernachlässigte Zukunftsbaustellen, die von Schwarz-Rot ignoriert bzw. sabotiert werden

- Kampf gegen braune Gewalt und für Willkommenskultur



Foto: J. Obrat

Rechter Kulturkampf hat Aufwind, Rassismus und braune Gewalt gegen Flüchtlinge nehmen erschreckend zu. Doch anstatt an einem breiten Bündnis gegen Rassismus und für Willkommenskultur mitzuwirken, kommt SR dem entgegen und verschärft das Asylrecht. Anstatt mit aller Energie gegen die neue Welle von braunem Terror (Bombenanschlag in Freital und Übergriffe auf Flüchtlingsheime) vorzugehen, anstatt die Länder zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die neue braune Gefahr zusammenzubringen, beharrt man vor allen Dingen seitens der Union auf der Chimäre einer linksextremistischen Gefahr und versucht gar, Netzjournalismus zu kriminalisieren.

- Einsatz für Klimagerechtigkeit und Energiewende

Die zunehmenden Unwetter, z.B. die Überschwemmungen im globalen Süden und Extremwetterlagen wie Dürren, die den Bauern europaweit zu schaffen machen, sind Anzeichen des Klimawandels. Dieser trifft die ärmsten Länder und innerhalb der reicheren Länder wiederum den ärmeren Teil der Bevölkerung in besonderer Schärfe.

Der Erdüberlastungstag, der Tag an dem die Ressourcen eines Jahres glo-

bal aufgebraucht sind, fiel 2015 auf den 13. August. Von da an lebt der Globus ökologisch gesehen auf Pump. Das ist die wirkliche Schuldenkrise.

- Einsatz für wirtschaftspolitische Alternative in Eurokrise

Schwarz-Rot setzt weiterhin auf den Kaputtsparkurs und auf die neoliberale Dreifaltigkeit von Privatisierungen, Sozialkürzungen und Angriffe auf Rechte der Beschäftigten. Genau diese Medizin hat sich als schädlich erwiesen. Vielmehr braucht es für Südeuropa einen zeitgemäße Neuauflage eines Marshallplanes, einen Art Red-Green-Deal, also ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm z.B. in Bus- und Bahnverkehr sowie in erneuerbare Energien. Not tate zudem eine europaweite gemeinsame Kraftanstrengung für die stärkere Beteiligung der Superreichen an den Kosten der Krise. Stattdessen verbietet die Troika mit Unterstützung der Bundesregierung der griechischen Regierung die Einführung einer Extraprofitsteuer auf Gewinne über 0,5 Millionen.

Drei Beispiele für das Versagen der Sozialdemokratie unter Sigmar Gabriel

- Angriff auf Grundrechte durch Zustimmung zur Vorratsdatenspeicherung

- Versagen beim Einsatz für eine friedlichere Welt

Die SPD hat den Falken, also den Kräften, die auf eine stärkere Militarisierung Deutschlands drängen, nichts entgegenzusetzen. Dabei hätte Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister sehr wohl die Geschäfte der Rüstungslobby, die Geschäfte mit dem Tod macht, unterbinden können. Jede Waffe findet ihren Krieg. Und Bürgerkriege sind eine zentrale Fluchtursache. Die Situation in Ukraine führt uns zudem in erschreckender Weise vor Augen, wie fragil der Frieden in Europa ist

- Faktische Zustimmung zum Freihandelsabkommen TTIP

Bei Abkommen wie TTIP handelt es sich um Angriffe auf die Demokratie sowie auf soziale und ökologische Standards. Obwohl große Teile der SPD-Basis aktiv in Bündnissen gegen Abkommen wie TTIP sind und obwohl die Gewerkschaften die Demo am 10.10 unterstützen, macht Sigmar Gabriel munter Werbung für diesen Angriff auf die Demokratie sowie auf soziale und ökologische Standards und versucht damit, den breiten Widerstand dagegen zu unterminieren.

Zum Antifaschismus gehört auch das Erinnern an die Opfer des Naziregimes

Stolpersteine

von Sarah Buddeberg

Was haben die Familie Kastner und Kurt Schlosser gemeinsam? Sie waren nicht nur alle Opfer des Naziregimes, sondern für sie werden nun auch Stolpersteine verlegt.

Kurt Schlosser war als antifaschistischer KPDler, Gewerkschafter, Tischler, Kletterer und Sänger am Widerstand gegen das Regime des Nationalsozialismus beteiligt und wurde wegen „Hochverrats und Feinbegünstigung“ am 16. August 1944 enthauptet. Nachdem der Chor der Vereinigten Kletterabteilung zur Zeit des Nationalsozialismus verboten wurde, organisierten sich einige Chormitglieder und Bergsteiger_innen unter der Leitung Kurt Schlosser als rote Bergsteiger und brachten beispielsweise Verfolgte über die Grenze oder druckten und verbreiteten Flugblätter. Auf die Verhaftung im Dezember 1943 folgte im Sommer die Ermordung.

Zur Ehrung Schlossers wurde der Chor der Vereinigten Kletterabteilung früher bereits in Sächsischer Bergsteigerchor „Kurt Schlosser“ Dresden umbenannt, nun folgt mit der Verlegung eines Stolpersteins eine weitere Würdigung seines Engagements.

Da auch das Schicksal anderer im Nationalsozialismus verfolgt und ermordeter Menschen wichtig ist aufzuzeigen und die Patenschaft auch mit dem thematischen Bereiche innerhalb der Landtagsfraktion übereinstimmen sollte, habe ich nach längerer Suche durch den Stolperstein Verein die Patenschaft für eine Person mit jüdisch-feministischem Hintergrund und ihre Familie vorgeschlagen. Alexandrine Kastner geboren am 22.02.1922 war studierte Musikerin und Medizinerin, arbeitete nach ihrer Promotion zur Dr. med. im Krankenhaus Dresden-Johannstadt. Sie hatte bis



1938 ihre eigene Praxis, die Zulassung wurde aber mit Beginn des NS-Regimes entzogen. Ihre Spur endet mit der Deportation 1942 nach Trawnicky, ihr Andenken jedoch nicht. Für Alexandrine Kastner übernehme ich die Patenschaft.

Ihr Mann Otto (1880-1938), dessen Stolperstein-Patenschaft durch Annkatrin Klepsch übernommen wird, war ebenso Mediziner. Dieser flüchtete sich nach einer zweiten Anklage, während eines Gefängnisaufenthalts, in den Suizid.

Der gemeinsame Sohn Hans-Werner (1913-1989) wurde von der Mutter versteckt, bis sich die Gelegenheit ergab, ihn nach England in Sicherheit bringen zu können. Die Patenschaft für seinen Stolperstein übernimmt Anja Klotzbücher.

Die Verlegung des Stolpersteins für Kurt Schlosser findet am 28. September um 15:05 Uhr auf der Leipziger Straße 72 statt. Die Stolpersteine der Familie Kastner werden auf der Güntzstr. 3 (Eingang der Wohngebäude Marschnerstr. 15-27) um 16:30 Uhr am gleichen Tag verlegt. Zudem findet um 19 Uhr die Öffentliche Feierstunde anlässlich der Verlegungen in der Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (Zellescher Weg 18) statt, wo auch ein Auftritt des Kurt Schlosser Chores stattfinden soll.